

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis mit der wöchl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst für die Frauen- und Jugendzeitung einschließlich Bringerlohn monatlich 90 Pf. durch die Post bezogen vierteljährlich M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn M. 5.—. Erscheint wöchl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Zwingerstraße 21, II. Telefon 3465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Zwingerstraße 21. Telefon 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6spaltige Zeitspalt mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 20 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 44.

Dresden, Dienstag den 23. Februar 1909.

20. Jahrg.

Die Bulchmänner.

Ueber die agrarische Aufführung im Zirkus Busch und uns aus Berlin geschrieben:

Die Reichsfinanzreform wird nach den Wünschen der Agrarier gemacht werden. Die Generalversammlung des Bundes der Landwirte, die am Montag nach alter Sitte im Zirkus Busch tagte, hat diese Tatsache nicht erst bekräftigt, sondern bloß unterstrichen. Die Nachlasssteuer ist, wie Bundesdirektor Dr. Sabn unter jubelndem Beifall der versammelten Patrioten mitteilen konnte, gefallen, und als Herr Oldenburg-Journales anknüpfte, daß sich die Minister bei „auf dem Wege nach Damaskus“ befänden, erhob sich ein lautes Gohngelächter.

Herr v. Bobbieloff, dieser höchst würdige Württemberger Bräutigam — die Versammlung überdies sich vor der Versicherung, als er erklärte — versichert, daß die Nachlasssteuer die Existenz des Bauernstandes vernichtet. Der Referent der Finanzreform aber, Herr a. d. Winkel, gibt zu, daß eine kleine Landwirtin im Falle der Einführung der Nachlasssteuer nichts zu zahlen hätte, wenn der Herr Rittergutbesitzer a. d. Winkel handelt es sich nicht um das elende Geld — wer kann auch glauben, daß ein Agrarier um Geld handelt? —, sondern um das Prinzip. Dieses heilige Prinzip, das man nach dem Nationalismus, Patriotismus, Heimatgefühl, Bodenständigkeit oder sonstwie nennen kann, duldet es nicht, daß die, denen Hunderttausende mühselos durch Erbschaft in den Besitz fallen, davon ein paar Mark Steuer bezahlen, um dem Reich wieder auf die Beine zu helfen. Man könnte meinen, diese erbärmliche Drückbergerei werde die Leute bei ein Ausbruch gemeinsamer Wut, nur auf dem Schutze des Geldes gerichteten Bewegung, einer Genugtuung, die Worte von Montarbie, Patriotismus und Nationalismus im Munde führt, aber auf alle schönen Dinge in dem Augenblick pfeift, wo das Geschäft, sie mit dieser Genugtuung freibt, sich etwas weniger einträglich als sonst erweist. Aber die Redner des Zirkus Busch betonen, dieses sei bloß eine Verleumdung der sozialdemokratischen Presse und man müsse dagegen protestieren. Der Protest in den Versammlungen nützt nichts. Sie kennzeichnen sich selbst durch ihre Tat und kriegen das Brandmal nicht wieder los.

Das scheint ihnen freilich einseitigen ganz egal, wenn nur ihren Willen haben. Die Reichsfinanzreform muß bis zu dem Agrarier sein. Der Großgrundbesitzer soll nichts zahlen, sondern er soll noch dabei verdienen. Darauf läuft der Wunsch des Referenten Herr a. d. Winkel hinaus, das vorläufig abgelehnte Branntweinmonopol möge wieder aufleben, und zwar in der Form, die dem Brenner gute Preise sichert. Zu diesem Ende verlangt er, daß der Weizen frei von parlamentarischen Beschränkungen und „sozialdemokratischem Geist“ sei. Das heißt der Großgrundbesitzer der Agrarier in gewöhnliches Deutsch bestimmt haben, was ihnen das Reich für gelieferter Weizen zu bezahlen hat und zu welchem Preise das Reich seinen Spiritus weiterverkaufen darf. Die Spannung zwischen dem Ankaufspreis und dem Verkaufspreis, das heißt der tatsächliche Aufschlag des Reichs, soll so gering wie möglich sein, damit das Geschäft des Schnapsbrenners so gut wie möglich geht. Das wird ganz offen ausgesprochen.

Und auch die Frage der Brandsteuererhöhung wird nach den Wünschen der patriotischen Bundesbrüder entschieden werden. Wollen am Ende sogar die Liberalen nicht mehr mit, ist ja das Zentrum auch noch da! So wie die angemessene Resolution zur Reichsfinanzreform das Kompromißamt-Verordnungsamt sanktioniert, so waren auch die ganzen Verhandlungen, soweit sie parteipolitische Fragen betrafen, auf den von den agrarischen Großgrundbesitzern gestimmten, der die konservativen und das Zentrum zu einer neuen Reichstagsmehrheit zusammenschloß. Die Freireigenen und von den Nationalliberalen die Jungliberalen werden mittelbar zu den Mitläufern der Sozialdemokratie werden, dagegen wendet sich die volle Liebe Diederich Sabns zum Zentrum zu. Dieses soll helfen einen Damm aufzurichten, um das Vordringen der Demokratie zu hindern. Dem agrarischen Reichskanzler wird kein Schritt auf der Bahn liberaler Verhandlungen gestattet. So wenig ihm erlaubt wird, auf den Herr Sabn so bezeichneten „unerlässlichen Bedingungen“ der Reichsfinanzreform, auf der Befestigung der reichlichen „Thronen“ gehehen, auf Schaffung einer Wahlform hinsichtlich der Reichsminister einzulösen. So werden im Zirkus Busch Reichskanzler zu sitzen.

Die Throne sollen nicht krachen!

Als besonderes Moment in der Zirkus-Veranstaltung der Agrarier ist die Haltung hervorzuheben, die die Wähler der Reichstagsfrage einnehmen. Einst drohten die Junker, daß die Throne im Deutschen Reich krachen müßten unter dem Anprall der Agrarier. Einst drohten sie mit Uebergang ins rote Lager. Einst waren sie Rebellen und gefährdet das preußische Königtum. Einst waren sie Rebellen und gefährdet das preußische Königtum. Einst waren sie Rebellen und gefährdet das preußische Königtum. Das war einmal! Das war in der Zeit, wo die Regierung

in Preußen und wo die Regierung des Reiches noch nicht genug Hochachtung auf agrarische Produkte zu legen bereit schien oder wo sie sonst irgend etwas unternahm, was nicht dem raubritterlichen Großbesitz zu Nutzen war.

Jetzt ist es ganz anders. Jetzt spielen sich die v. Wangenheim, Köhler, Sabn als des Kaiserthrons allergetreueste Schutztruppe auf. Jetzt bieten sie ihre Hilfe an gegen den Reichstag, wenn er auf Kaiser's Kosten seine Rechte mehren wollte. Jetzt sind sie wieder loyaler bis in die Knochen. Denn jetzt wurden alle ihre materiellen Wünsche überreichlich von dem agrarischen Reichskanzler erfüllt und was noch nicht erfüllt wurde, das soll noch erfüllt werden.

Es sei nur die agrarische Organisationskraft des Freiherren v. Wangenheim verzeichnet:

„In der großen Politik war das vergangene Jahr vielfach besorgniserregend; dunkle Wolken türmten sich oft am politischen Horizont auf. Wir danken es unserem Kaiser und seinem Ratgeber, daß durch die ruhige Führung unserer auswärtigen Politik diese Krisis überwunden worden. (Stürmischer Beifall.) Wir können heute nicht vorübergehen an den Ereignissen, welche sich im letzten November im Deutschen Reichstage abspielten und welche allen patriotisch und rational denkenden Männern das Gefühl des Schmerzes durch die Adren getrieben haben. Klarheit mußte geschaffen werden zwischen dem Kaiser und seinem Volke. Aber wie man diese Klarheit zu schaffen gelacht hat im Deutschen Reichstag, war in Form und Inhalt weit über das zulässige Maß hinausgegangen. (Stürmischer Beifall.) Fast gewinnt es den Anschein, daß man es absichtlich so weit hat kommen lassen, um dann unter diesem Deckmantel herzutreten, um gewisse Ziele, nämlich die Erweiterung der Rechte des Reichstages und die parlamentarische Regierung, zu erreichen. (Sehr richtig!) Es ist nicht das erste Mal, daß dieser Versuch gemacht wird. Wenn aber die Demokratie glaubt, daß der Augenblick gekommen sei, durch Wahlrechtsänderung in Preußen, durch Erweiterung der Rechte des Reichstages die großen bestehenden politischen Verhältnisse in unserem Vaterlande umzugestalten, so wird auch da der gesamte deutsche Mittelstand als Gegner auftreten. (Sehr richtig!) Aber der Herr, denen es wohl in ihrem Stammpost, mag daran denken, daß die Sache einmal umgekehrt gemacht werden kann, daß auch ein Moment kommen könnte, wo man eine Verfassungsreform vornimmt, die nicht nach ihren Wünschen ist. (Stürmischer Beifall.) Noch hat der Deutsche Reichstag den Befähigungsnachweis nicht erbracht, daß er berufen wäre, das deutsche Volk zu regieren. Der Deutsche Reichstag möge erst einmal lernen, sich selbst zu regieren. (Stürmischer Beifall.) Das Bild, das vielfach seine Verhandlungen bieten, die unendliche Reihe der Reden haben nur den Zweck, auf die Waffen einzumischen. (Sehr richtig!) Demgegenüber bilden die deutschen Wärlern, in erster Linie das Hohenzollernhaus, auf eine durch Jahrhunderte gefestigte Regierung zurück, und sie haben den Nachweis geliefert, daß sie des hohen Rufes würdig und fähig sind. Vor allem das Hohenzollernhaus hat diesen Nachweis erbracht, und die ganze Welt blickt auf unsere Hohenzollernfamilien. Deshalb wird auch der feste Kitt zwischen dem Fürstentum und dem deutschen Volke niemals seine Wirkung verlieren. (Stürmischer Beifall.) Das deutsche Volk will seinen Schutzherrn, es will einen Kaiser von Fleisch und Blut, mit fester Kraft und Entschlossenheit. (Stürmischer Beifall.) Das ist keine Phrase, es ist unser politisches Glaubensbekenntnis. In diesem Sinne fordere ich Sie auf, mit mir in den Ruf einzustimmen: Seine Majestät der Kaiser lebe hoch!“ (Stürmische Hochrufe.)

Blauer Dunst.

Zur Drückbergerei der reichen Erben.

Ueber den Inhalt des konservativ-ultramontanen Kompromisses macht die Germania einige weitere Mitteilungen. Danach soll „an Stelle der Matrifularbeiträge eine Besitzsteuer“ treten, deren Gesamterlös für die Zeit von 1909 bis 1913 die Summe von 150 Millionen Mark jährlich nicht übersteigen soll, während der Etat jährlich festlegt, welche Quote der Besitzsteuer zu erheben ist. Der von den Bundesstaaten zu zahlende Betrag soll sich nach dem reinen Vermögensstande der Bevölkerung richten, der nach einheitlichen Grundsätzen festzusetzen ist, wobei Vermögen unter 20 000 M. bei der Ermittlung wie bei der Erhebung außer Betracht bleiben sollen.

Tiele Darstellungen, die dazu bestimmt ist, für den Sammelheroldischen Vorstoß Sympathien zu werden und offenbar recht einseitig gehalten ist, läßt gleichwohl den Schluss zu, daß von dem, was zur Kritik dieses schwindelhaften Kompromisses gesagt wurde, kein Wort zurückzunehmen ist. Es soll also wirklich eine Besitzsteuer erhoben werden, die die angenehme Eigenschaft hat, nur nach oben, nicht aber nach unten begrenzt zu sein. Reichern die Erträge, die auf dem Wege der indirekten Reichssteuer aus dem Massenverbrauch ausgepreßt werden, zur Befriedigung des Reichsbedarfs aus, so wird doch eine „Quote“ von 0.0 erhoben; die Reichsbräuden gar nicht zu zahlen. Gerdt aber das Reich in Schwierigkeiten, dann werden unter dem neuen Namen der „Beisitzer“ Matrifularbeiträge erhoben — aber höchstens 150 Millionen. Nun sollten für 1908 die Matrifularbeiträge nach der bestehenden

Ordnung der Dinge bereits 120 Millionen betragen. Es ist also nicht einzusehen, was durch das Kompromiß tatsächlich erreicht wird, es handelt sich eben bloß um eine agrarische Schaumblase.

Die Germania bestätigt, daß die Freisinnigen in der Subkommission bereits umgefallen waren. Sie sind einstweilen wieder aufgefunden, aber auf wie lange?

Der Entwurf des neuen Organisationsstatuts.

wurde vor einigen Tagen in der Parteipresse veröffentlicht. Es wird natürlich Sache der Organisationen sein, zu den einzelnen nicht unerheblichen Änderungen Stellung zu nehmen und der Parteitag in Leipzig wird sein Endurteil darüber zu fällen haben. Durch die frühzeitige Fertigstellung des Entwurfs ist hinreichend Zeit vorhanden, ihn in aller nur wünschenswerten Gründlichkeit zu besprechen.

Auf dem Parteitag in Nürnberg wurde bekanntlich eine aus allen Teilen Deutschlands zusammengesetzte Kommission gewählt, die dann in mehreren Sitzungen den Entwurf fertiggestellt hat, der nun dem Urteil der Gesamtpartei untersteht.

Nur eine Partei wie die Sozialdemokratie kann ihrer Organisation eine so feste und zentralisierte Form geben. Keine andere Partei verfügt über so wohlgeübte Mitglieder, steht so auf dem Boden der Parteigründungs.

Was in dem § 4 und § 5 des Entwurfs über die Organisation der weiblichen Mitglieder und Beiträge bestimmt wird, ist wohl im Verbreitungsgebiet unserer Zeitung überall schon durchgeführt, und was die Beiträge anbelangt, zum Teil schon überboten.

Im § 6 wird die Art der Berichterstattung der einzelnen Kreisvorsitzenden an den Parteivorstand geregelt. Eine bessere Berichterstattung über die Parteibewegung in den einzelnen Kreisen ist zweifellos eine dringende Notwendigkeit.

Eine durchgreifende Änderung trifft der § 7: Teilnahme am Parteitag betreffend. Bis jetzt konnte jeder Wahlkreis, ob er 20 oder 20 000 Mitglieder hatte, drei Delegierte zum Arbeiterparlament entsenden, ein Zustand, der wohl in früherer Zeit unter den unsicheren Verhältnissen des Ausnahmestadiums usw. am Platze war, jetzt jedoch aber mehr und mehr als ein ziemlich unheimlicher Zustand empfunden wurde. Hatte doch die mandatarische betriebene Mandatarerlangung in den finanziell und an Mitgliedern schwachen Kreisen durch Mitglieder finanziell gutfundierter Kreise (sogenannte Gelegenheitsmandate usw.) den lebhaftesten Unwillen in weiten Parteikreisen hervorgerufen. Jetzt tritt eine angemessene Abmilderung ein. Wenn auch die Höchstzahl von sechs Delegierten für Kreise über 18 000 Mitglieder nicht als übertrieben angesehen werden kann, so ist vielleicht doch zu empfehlen, um ein allzugroßes Anwachsen des Parteitag, vorunter zweifellos die Verhandlungsmöglichkeiten leiden, zu verhindern, eine geringere Zahl als Höchstzahl anzunehmen. Mit dem Prinzip der Verhältnismäßigkeit in der Vertretung sind wir aber durchaus einverstanden. Die Gewerkschaften haben ja schon längst diese Art der Delegation. Und sowie die Partei zu einer festen, zusammengeschlossenen Organisation wurde, war sie die notwendige Folge.

Der Vorschlag, daß unter den Delegierten möglichst eine Genossin sein soll, ist sehr unbestimmt gehalten und dürfte wohl eine präzisere Fassung am Platze sein, wenn man ihn nicht gänzlich fallen lassen will. Schon unter dem bisherigen Zustand war immer eine ganz stattliche Frauendelegation auf dem Parteitag zu finden. Und es ist wohl anzunehmen, daß die Genossinnen in den meisten Fällen, in denen 3 oder mehr Delegierte zu wählen sind, eine Frau mitbringen, wenn eine nennenswerte Mitgliederzahl von Genossinnen vorhanden ist.

An der Zulassung der Reichstagsabgeordneten als vollberechtigte Teilnehmer am Parteitag ist nichts geändert worden, obgleich schon seit jeder einzelne Stimmen laut wurden, die einer Änderung dahin, daß sie dieses Recht verlieren oder wenigstens nur eine Vertretung zugelassen werden soll, das Wort redeten. Wir stehen nicht auf diesem Standpunkt, meinen vielmehr, daß die Reichstagsabgeordneten doch in hohem Maße die Vertrauensleute der Partei sind. Es dürfte wohl auch nicht stimmen, wie ein Parteiblatt schrieb, daß der Zufall einen Genossen zum Reichstagsabgeordneten mache. Ein Genosse muß doch in der Regel — Ausnahmen bestätigen sie nur — eine intensive und langjährige Parteithätigkeit hinter sich haben, ehe er zu diesem Ehrenposten berufen wird. Ein vollständiger Ausschluss vom Parteitag müßte naturnotwendigerweise die Konsequenz nach sich ziehen, daß auch von den einzelnen Landesparteitagen usw. auf denen jetzt nicht nur die Reichstagsabgeordneten des in Frage kommenden Bezirkes, sondern auch die eventuellen Reichstagsabgeordneten zugelassen sind, ausgeschlossen werden müßten. Die Folge würde in den meisten Fällen ihre Delegation durch den von ihnen im Reichstag vertretenen Kreis sein und diese Mandate würden dann den übrigen Genossen entzogen. Eine Vertretung der Fraktion hätte aber ziemlich Schwierigkeiten, da doch nun einmal verschiedene Ansichten über gewisse Fragen vorhanden sind. Am besten bleibt es also bei dem bisherigen Modus.

Daß die vom Parteivorstand hinzugezogenen Vertreter von Parteiministern nur beratende

Vertical text on the left margin, likely a printer's mark or address, partially illegible.